

# NEWSINTERNATIONAL

Aktuelle Informationen zu Ländern und Märkten



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin  
 Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2309 | Fax 030-20308-2333  
 Redaktion: Dr. Ilja Nothnagel | E-Mail: nothnagel.ilja@dihk.de | Internet: www.dihk.de

## Blickpunkt

### ■ Investitionsanreize für die Automobilbranche

#### Serbien

(IHK) Die serbische Automobilindustrie hat sich auf der Hannover Messe 2012 erfolgreich präsentiert. Die Branche gehört zu den wichtigsten Sektoren im Land.

Die Entwicklung der serbischen Automobilindustrie

Mit dem Privatisierungsprozess in 2001 begann in Serbien auch die Transformation der Automobilindustrie. Die dringend benötigten Investitionen halfen, die Produktion zu modernisieren. Unternehmen spezialisierten sich verstärkt auf den Export. Gemeinsam mit dem Produktangebot veränderte sich die veraltete Marktstruktur. Auslandsinvestitionen stiegen jährlich um 30 Prozent. 2008 wurde die heimische Marke „Zastava Automobili“ durch die Fiat-Gruppe übernommen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens ist die Automobilindustrie heute maßgeblich. Die serbische Regierung hat die Branche zum entwicklungsstrategisch wichtigen Sektor erklärt. Der Sektor verzeichnet ein konstantes jährliches Wachstum, seine Einnahmen haben sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt.

Die Produktgruppen

Zu den wichtigsten Produktgruppen gehören Fahrgestellsysteme mit über 30 Prozent Anteil an der Gesamtproduktion, gefolgt von Motorfahrzeugen mit 23 Prozent. Autobatterien und Elektroinstallationen sind mit 15 Prozent ebenfalls bedeutend.

Die Eigentums- und Beschäftigtenstruktur: Tendenz zur Internationalisierung

66 Prozent der Unternehmen der Automobilindustrie sind serbisch. 43 Prozent der Arbeitnehmer sind bei serbischen Unternehmen beschäftigt. Deutsche und slowenische Unternehmen beschäftigen 12 Prozent, während bulgarische und französische Unternehmen jeweils 10 Prozent beschäftigen. Südkoreanische und italienische Unternehmen beschäftigen jeweils 5 Prozent. Daran lässt sich die Internationalisierung der serbischen Automobilindustrie ablesen.

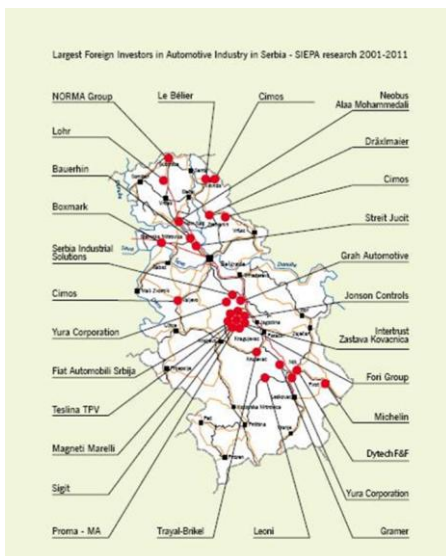
Auslandsinvestitionen

Im Zeitraum von 2010 bis 2011 betrugen die Auslandsinvestitionen in die serbische Kfz-Industrie 1,4 Mrd. Euro. Im Rahmen des Privatisierungsprozesses etablierten sich die französischen Unternehmen Michelin und Le Belier sowie das slowenische Unternehmen Cimos auf dem serbischen Markt. Später kamen die deutschen Unternehmen Dräxlmaier, Leoni und die Norma Group sowie das italienische Dytech

und das koreanische Yura hinzu, um von Serbien aus die wachsenden Märkte in EU-Ländern und Russland zu beliefern. Ein Freihandelsabkommen mit der Russischen Föderation und der Europäischen Union hilft dabei.

Der italienische Autobauer Fiat belebte nach seiner Übernahme der serbischen Firma Zastava nicht nur den Export, sondern auch den heimischen Markt für Kfz-Teile. Dadurch wurden die Investoren Magneti Marelli und Johnson Controls angezogen, die heute das Fiat Projekt beliefern.

### Die Standorte



Quelle: SIEPA

### Niedrigste Steuern in Europa

Das serbische Steuersystem bietet starke Anreize für Investitionen. Neben niedrigsten Steuersätzen, bietet Serbien weitere steuerliche Vorteile, die Unternehmensgründungen erleichtern. Beispielsweise für Investitionen in den Produktionssektor in Höhe von mehr als 8 Mio. € welche mehr als 100 neue Arbeitsplätze schaffen, zahlen Firmen zehn Jahre lang keine Körperschaftsteuer.

### Staatliche Zuschüsse für Greenfield- und Brownfield-Projekte

Projekte in der Kfz-Industrie werden subventioniert. Für Neuinvestitionen (Greenfield) und Umbauplanungen (Brownfield) gewährleistet Serbien nicht-rückzahlungspflichtige Zuschüsse im Rahmen von 2000 bis 10 000 € pro einem innerhalb von drei Jahren geschaffenen Arbeitsplatz. Investitionen von über 50 Mio. €, welche mindestens 300 neue Arbeitsplätze innerhalb von drei Jahren schaffen, können mit bis zu 20 Prozent des Projektwerts bezuschusst werden. Innerhalb der vergangenen vier Jahre profitierten über 15 Investitionsprojekte von staatlichen Zuwendungen.

Die gesamte Übersicht auf englischer Sprache finden Sie [hier](#).

Quellen: Inhalte übernommen aus:

Serbia Investment and Export Promotion Agency (SIEPA), Broschüre „Automotive Profile Serbia“

Stand: Mai 2012

Ansprechpartner: Sabina Talović M.A., Kompetenz-Zentrum Südost-Europa, IHK Ulm, Tel. 0731 - 173-127, E-Mail: [Talovic@ulm.ihk.de](mailto:Talovic@ulm.ihk.de)

## ■ Konjunkturumfrage 2012: Deutsche Unternehmen in Baltischen Staaten bleiben optimistisch

### Baltikum

(AHK) Die Deutschen Unternehmen in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen bewerten ihre Geschäftsentwicklung auch 2012 überwiegend positiv. Die Geschäftsergebnisse 2011 haben die optimistischen Erwartungen erfüllt und auch für 2012 sind die Aussichten gut. 90 Prozent der Befragten sind mit der Geschäftslage ihrer Unternehmen zufrieden. Verbesserungsbedarf bleibt im Bereich der Verfügbarkeit von Fachkräften und allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dies ist das Fazit der diesjährigen Konjunkturumfrage der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK).

Der Aufwärtstrend für die deutschen Unternehmen setzt sich in den baltischen Staaten eindeutig fort. Auch 2012 bewerten die Unternehmen die Wirtschaftslage zum Beginn dieses Jahres mehrheitlich als gut oder zumindest befriedigend. Nach den sehr starken Wachstumszahlen 2011 rechnet ein Viertel mit einer weiteren Verbesserung der Wirtschaftslage in 2012. Das Wirtschaftswachstum betrug in 2011 in Lettland 5,3 Prozent, in Litauen 5,8 Prozent und in Estland im Jahr der Euro-Einführung sogar 7,5 Prozent. Damit entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt der drei baltischen Staaten weitaus dynamischer als der Durchschnitt der Länder der Europäischen Union.

Hauptantriebskraft für den Aufschwung in den baltischen Staaten bleibt vor allem der belebte Außenhandel, bei dem Deutschland weiterhin die Position 2 bzw. 3 einnimmt. Während die Exporte aus den baltischen Staaten nach Deutschland bereits Ende 2010 das Vorkrisenniveau übertrafen, nahmen sie 2011 noch einmal deutlich um durchschnittlich 35 Prozent zu. Die befragten Unternehmen bestätigten diese Tendenz mit einem Anstieg ihrer Exporte um fast 40 Prozent. 2012 rechnen über 90 Prozent der befragten Unternehmen mit weiter steigenden oder zumindest gleichbleibenden Exportzahlen. Dazu erholten sich 2011 auch die Importe aus Deutschland wieder merklich.

Grundsätzlich sind die Betriebe zu 75 Prozent zufrieden mit den aktuellen Regierungen in den baltischen Staaten. Jedoch werden auch wieder verstärkt kritische Aspekte genannt. Etwa jeder zehnte befragte Unternehmer zeigt sich bezüglich der Rahmenbedingungen besorgt. Als dringendste wirtschaftspolitische Handlungsfelder werden dabei wie in den Vorjahren neben der Qualität des Berufsbildungssystems der daraus resultierende Fachkräftemangel und die unzureichende Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln, in Lettland und Litauen auch die Rechtsdurchsetzung, genannt.

Dreiviertel der befragten Unternehmen würden sich wieder für ihren Standort in den baltischen Staaten entscheiden. Dazu steigt ihre Investitionsneigung vor Ort spürbar an: mehr als ein Drittel der Unternehmen plant eine Erhöhung seiner Investitionstätigkeit in 2012 und 40 Prozent wollen in diesem Jahr neue Arbeitsplätze schaffen.

„Wichtig ist, dass die baltischen Standorte, die durch ihre bemerkenswerte Erholung von der Krise ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis gestellt haben, für deutsche Unternehmen berechenbar sind, um die Investitionsbereitschaft weiter zu erhöhen“, betont Maren Diale-Schellschmidt, Geschäftsführerin der AHK. „Das Potential ist da – dies muss begleitet werden vom nötigen Vertrauen in die Sicherheit der Rahmenbedingungen wie der Rechtsdurchsetzung und der Verfügbarkeit von Fachkräften. Die deutschen Unternehmen setzen bei letzterem auf das Vorbild der deutschen dualen Berufsausbildung, aus dem sie gerne Aspekte auch vor Ort umgesetzt sähen.“

Die Ergebnisse der diesjährigen Umfrage verdeutlichen, dass sich die enge wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Deutschland und den Baltischen Staaten bewährt. Die deutschen Unternehmen haben Vertrauen in die baltischen Staaten und stehen für ein langjähriges Engagement vor Ort.

Nähere Informationen

Kerstin Leisering, Information und Kommunikation, kers-  
tin.leisering@ahk-balt.org, Tel.: +371 67320724

## Länder/Märkte

### EU, Myanmar

#### ■ EU eröffnet Büro in Myanmar

(DIHK) Die EU ist seit Kurzem mit einem eigenen Büro in Myanmar vertreten, Leiter ist der Österreicher Andreas List. Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der EU-Kommission, eröffnete gemeinsam mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und dem Minister der Region Rangun die Vertretung der EU. Das Büro sei ein Zeichen der Unterstützung der EU für den weiteren Reformprozess des Landes zu mehr Demokratie.

#### ■ EU-Finanzminister uneinig über Umsetzung von Basel III – DIHK fordert Korrekturen

### EU

(DIHK) Die 27 EU-Finanzminister haben am 2. Mai 2012 in Brüssel auf

einem [Sonder-Ministerratstreffen](#) die Umsetzung von Basel III in europäisches Recht diskutiert. Am 15. Mai wurden die Gespräche der EU-Finanzminister weitergeführt. Die dänische Ratspräsidentschaft hat einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der auf dem nächsten Treffen weiter diskutiert werden soll.

Im Europäischen Parlament findet am 8. Mai die Abstimmung über die Kompromissanträge im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung statt. Das Europäische Parlament ist sich weitgehend einig, dass Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Regelungen nicht schlechter gestellt werden dürfen.

Der DIHK hat aktuell in einem Schreiben an Bundesminister Wolfgang Schäuble nochmals davor gewarnt, bei der Umsetzung von Basel III die Unternehmensfinanzierung in Europa unnötig zu erschweren.

### ■ Eurochambres Stellungnahme zum „Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ (COSME)

## EU

### 2,5 Mrd. Euro für die Förderung von KMU

(DIHK) Der DIHK hat gemeinsam mit Eurochambres ein Positionspapier zum neuen europäischen Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU (COSME) erarbeitet. Eurochambres fordert eine stärkere Einbeziehung von Unternehmensübergaben und Verbesserungen bei den Finanzierungsinstrumenten. Bei der Neugestaltung des zukünftigen Enterprise Europe Network (EEN) müssen bestehende nationale Angebote, z.B. in der Außenwirtschaftsförderung, berücksichtigt werden.

Zudem muss das Zusammenspiel zwischen COSME, Horizon 2020 und den Strukturfonds besser verzahnt werden.

Auf EU-Ebene werden derzeit die Nachfolgeprogramme zur Europäischen Forschungsförderung und dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) verhandelt, die von 2014 bis 2020 laufen werden. Über das CIP wird bislang das europäische KMU-Beratungsnetzwerk „Enterprise Europe Network“ (EEN) kofinanziert.

Ein Teil des CIPs soll in das mit 2,5 Mrd. Euro ausgestattete neue „Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ (COSME) übergehen. Mit Hilfe des Programms soll KMUs der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert, ein günstiges Umfeld für Gründungen und Expansion von Unternehmen geschaffen, eine Unternehmerkultur in Europa gefördert, die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen erhöht und die Internationalisierung von KMU unterstützt werden.

## Außenwirtschaftsförderung

### ■ EU-Kommission gibt kurzfristige Hermesdeckungen für Griechenland frei

#### Griechenland

(DIHK) Euler Hermes hat mitgeteilt, dass neben privaten Anbietern nun auch eine staatliche Abdeckung für Exportkreditgarantien für alle Lieferungen nach Griechenland möglich ist. Die EU-Kommission hat damit eine DIHK-Forderung aufgegriffen.

## Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

### ■ EU und USA vereinbaren gegenseitige Anerkennung ihrer vertrauenswürdigen Händler

#### Transatlantisches Abkommen über Sicherheitsinitiativen

(DIHK) Die EU und die USA haben weitere Erleichterungen im transatlantischen Handel vereinbart. Am 4. Mai 2012 unterzeichneten die EU und die USA ein Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung ihrer zertifizierten Unternehmen im Rahmen der Sicherheitsinitiativen „Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter – Authorized Economic Operator“ (AEO) und „Customs-Trade Partnership Against Terrorism“ (C-TPAT).

Die Wirtschaft verspricht sich nun, dass für Authorized Economic Operators – zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) in der EU und Mitglieder des US Customs-Trade Partnership Against Terrorism in den USA transatlantische Warengeschäfte künftig verwaltungstechnisch vereinfacht und kostengünstiger werden. Die im transatlantischen Handel tätigen Unternehmen profitieren dadurch von schnelleren Kontrollen, geringerem Aufwand und größerer Vorhersehbarkeit bei der Zollabfertigung. Die Behörden versprechen sich von dem Abkommen außerdem eine erhöhte Sicherheit bei den Ein- und Ausfuhren, da sie sich auf die Risikobereiche konzentrieren können. Das Abkommen tritt am 1. Juli 2012 in Kraft.

Den Status eines AEO können EU-Unternehmen seit 2008 beantragen. Um als vertrauenswürdiger Händler anerkannt zu werden, müssen Unternehmen in Deutschland eine Zulassung bei einem Hauptzollamt in ihrer Nähe beantragen. Auf amerikanischer Seite erfolgt die Zulassung über das C-TPAT. Derzeit sind etwa 5.000 Unternehmen in der EU als AEOs anerkannt, in den USA gibt es etwa 10.000 C-TPAT-Mitglieder.

Informationen zur Beantragung des Status eines zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten erhalten Unternehmen in Deutschland auf der [Webseite des deutschen Zolls](#). Unternehmen in den USA erfahren mehr über

die Mitgliedschaft bei C-TPAT auf der [US Customs Border Protection](#)-Website.

## ■ Neue Anweisungen für die Bescheinigung von Dokumenten

### Irak

(DIHK) Die Handelsabteilung des Irak hat über die Ghorfa informiert, dass bei der Legalisierung ab sofort weitere Unterlagen vorzulegen sind.

Die Handelsabteilung fordert folgende Unterlagen:

1. Beglaubigter Ladeschein (Konnossement)
2. Beglaubigter Versicherungsvertrag für die Ware
3. Beglaubigtes Warenuntersuchungszeugnis, welches von einer international anerkannten Untersuchungsfirma ausgegeben wurde.

Der DIHK wird kurzfristig mit dem Handelsattaché der irakischen Botschaft Kontakt aufnehmen und ihn davon unterrichten, dass die Forderungen an die Dokumente nach deutschem Recht nicht erfüllbar sind.

## Veranstaltungen

### ■ Workshop: Erfolgreich bei develoPPP.de am 20. Juni 2012 in Mannheim

### Afrika, Asien, Lateinamerika

(IHK) Am 20. Juni 2012, 13:30 – 17:00 Uhr, findet in der IHK Rhein-Neckar, L1,2, 68161 Mannheim ein [Workshop zum develoPPP.de-Programm](#) statt.

Ausgestattet mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beteiligen sich die Durchführungsorganisationen von develoPPP.de, DEG, GIZ und SEQUA nicht nur finanziell an der Umsetzung der gemeinsamen Entwicklungspartnerschaften vor Ort. Die Unterstützung beinhaltet auch Beratungsleistung und Länderexpertise, um so gemeinsam mit dem jeweiligen Unternehmen den langfristigen Erfolg des Projekts zu realisieren.

Bei den mehrmals pro Jahr stattfindenden develoPPP.de-Wettbewerben können Unternehmen ihre Projektideen für eine Entwicklungspartnerschaft in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Südost-/Osteuropa einreichen. Der Workshop informiert Unternehmen praxisnah und aus erster Hand über Struktur und Verfahren des develoPPP.de-Programms, damit sie ihre Projektvorschläge für die nächsten Wettbewerbe erfolgreich

ausarbeiten können.

develoPPP.de-erfahrene Unternehmer berichten über ihre Erfahrungen mit dem Programm und wie sie develoPPP.de für ihr Auslandsgeschäft erfolgreich nutzen konnten.

Teilnahmeentgelt: 80,00 Euro für IHK-/HWK-Mitglieder, 120,00 Euro für Nicht-IHK-/HWK-Mitglieder

Zielgruppe: Geschäftsführer, Vertriebsleiter, Area Sales Manager, Business Development Manager von Unternehmen, die die Minimumkriterien von develoPPP.de erfüllen (10 Mitarbeiter, drei Jahre am Markt, Jahresumsatz mind. 1 Mio. EUR) .

Ihr Ansprechpartner: IHK Rhein-Neckar, Oliver Wagener, EZ-Scout, Tel. 0621 1709-134, [oliver.wagener@rhein-neckar.ihk24.de](mailto:oliver.wagener@rhein-neckar.ihk24.de)

## ■ **Deutsch-Albanische Wirtschaftskonferenz 20./21. Juni 2012 in Tirana**

### **Albanien**

(DAW/BGA) Exportpotenziale – Infrastrukturinvestitionen – Umweltschutz – Tourismus sind die thematischen Schwerpunkte der Deutsch-Albanischen Wirtschaftskonferenz, die vom 20. – 21. Juni 2012 in Tirana stattfindet.

Ansprechpartner: DAW – Deutsch-Albanische Wirtschaftsgesellschaft e. V., Michael Alber, Tel.: +49 30 590099-570, Mail: [Michael.Alber@bga.de](mailto:Michael.Alber@bga.de)

## ■ **Unternehmerreise nach Myanmar vom 10. – 14. Juni 2012**

### **Myanmar**

(OAV/DIHK) Vom 10. – 14. Juni 2012 findet eine vom DIHK geleitete und vom Ostasiatischen Verein (OAV) mit organisierte Unternehmerreise nach Myanmar statt. Für Fragen steht Ihnen Herr Benjamin Leipold, Tel.: 030-20308-2316, [leipold.benjamin@dihk.de](mailto:leipold.benjamin@dihk.de) gerne zur Verfügung.

## ■ **German-Singapore Business Forum (GSBF) 2012**

### **Singapur**

(AHK/APA) Vom 3. – 7. Juli 2012 findet das German-Singapore Business Forum statt, organisiert von der Deutsch-Singapurischen Industrie- und Handelskammer und dem Asien-Pazifik-Ausschuss. Schwerpunkte des Forums sind Präzisionstechnik, Medizintechnik und Umwelttechnik.

## Publikationen

### ■ **IHK veröffentlicht Glossar zur Euro-Schuldenkrise**

#### **Schuldenkrise von A-Z**

(DIHK) CDS, ESM und Haircut sind nur einige Begriffe, die im Laufe der Euro-Schuldenkrise häufig zu lesen sind. Das [Glossar „Schulden, Schirme, Sixpack – Das Wichtigste in Kürze zur Euroschuldenkrise von A-Z“](#) erklärt die wichtigsten Begriffe zur Finanzmarkt- und Schuldenkrise in Europa.